

Anfrage Zbinden Samuel und Mit. über die Einhaltung von Menschenrechten bei Ausschaffungen

eröffnet am 27. Januar 2025

Ausschaffungen sind für die betroffenen Menschen fast immer einschneidende und traumatische Situationen. Ganz besonders, wenn es Familien, schwangere Frauen mit kleinen Kindern oder Personen, die in psychiatrischer Behandlung sind, betrifft. Dies war auch ein Thema an der ersten Luzerner Migrant*innensession, die am 9. März 2024 im Regierungsgebäude stattfand.¹ Rund 100 Menschen mit Migrationsgeschichte diskutierten an diesem Tag über verschiedene Forderungen an die Politik, welche im Vorfeld von Arbeitsgruppen ausgearbeitet wurden. In ihren Voten schilderten die Menschen ihre persönlichen Erfahrungen und Meinungen und machten deutlich, wie wichtig ihnen die konkreten Forderungen und ihre politische Teilhabe sind.

Die Einhaltung von Menschenrechten bei Ausschaffungen wurde als eine von sechs Forderungen an der Migrant*innensession überwiesen. Die Forderung lautete, dass «die Sicherstellung von menschenwürdigen Bedingungen in Abschiebehaft zu garantieren» sei, damit die grundlegenden Menschenrechte auch während des Ausschaffungsprozesses respektiert werden. In der Vergangenheit sorgten die Umstände von einzelnen Ausschaffungen im Kanton Luzern für Kritik², beispielsweise der Fall der 12-jährigen Dana und ihrer Mutter im Jahr 2019³. Die Beratungsstelle für Sans-Papiers im Kanton Luzern berichtet von Trennungen von Familien, der Ausschaffung von schwangeren Frauen oder Menschen in psychiatrischer Behandlung.

In diesem Zusammenhang stellen sich uns folgende Fragen:

1. Über welche Instrumente verfügt der Kanton Luzern, um die Einhaltung der Menschenrechte in der Abschiebehaft und während des Ausschaffungsprozesses sicherzustellen? Welche Kontroll- oder Überprüfungsmechanismen gibt es, damit die Einhaltung der Menschenrechte stets gewährleistet ist?
2. Menschenrechtsorganisationen kritisieren die Kantone immer wieder für unwürdige Bedingungen während des Ausschaffungsprozesses. Wie sieht die Situation hierzu in Luzern aus? Wie viele Beschwerden wurden dazu in den letzten Jahren am Zwangsmassnahmen-, Kantons- und Bundesgericht eingereicht? Wie viele Beschwerden wurden gutgeheissen, und welche betreffen explizit die Ausschaffungshaft?
3. Eine Herausforderung im Ausschaffungsprozess ist, dass viele Betroffene zu wenig Zugang zu Informationen über ihre Rechte haben, insbesondere über ihre Rechte in Haft. Wie stellt die Regierung diesen Zugang zum Recht für alle Menschen sicher, bzw. wie kommt die Regierung ihrer Informationspflicht im Ausschaffungsprozess nach?

¹ <https://www.mip-luzern.ch/session-herbst-2020/>

² <https://www.luzernerzeitung.ch/zentralschweiz/luzern/fluechtinge-in-luzern-sans-papiers-stelle-kritisiert-kanton-ld.1168573>

³ <https://www.20min.ch/story/meine-tochter-kommt-nach-hause-und-weint-um-dana-312084418556>

4. Auch Familien mit Kindern sind von Ausschaffungen betroffen. Für die Kinder bedeutet dies oft eine Entwurzelung und eine Wegweisung in ein Land, das sie kaum kennen. Zudem werden damit Kinderrechte verletzt, wenn Familien in Länder ausgeschafft werden, in denen die Situation prekär ist. Wie stellt die Regierung sicher, dass Familien mit Kindern nur an Orte ausgeschafft werden, wo die Kinderrechte eingehalten werden?⁴
5. Die UNO-Kinderrechtskonvention (KRK) verpflichtet die Staaten dazu, das Kindeswohl in allen Entscheiden vorrangig zu berücksichtigen. Gerade für Kinder sind Ausschaffungen oftmals traumatisch, die Präsenz der Polizei, allenfalls Fesselungen ihrer Eltern. Wie stellt die Regierung die Einhaltung der UNO-Kinderrechtskonvention (KRK) bei Ausschaffungsentscheidungen und während der Ausschaffung sicher?
6. Die Erfahrung zeigt, dass Menschen nach der Ausschaffung – gerade im Dublin-Verfahren – in den entsprechenden Ländern oft nicht in Obhut genommen, sondern einfach am Flughafen stehen gelassen werden. Wie stellt das Amt für Migration sicher, dass insbesondere vulnerable Personen vor Ort begleitet werden und ihnen das Recht ermöglicht wird, vor Ort ein Asylverfahren zu eröffnen? Wo können die gemachten Erfahrungen der Menschen platziert werden? Welche Meldestelle ist dafür zuständig?
7. Die Schweiz führt seit jüngstem wieder Ausschaffungen nach Griechenland durch. Dies, obwohl der Europäische Gerichtshof feststellte, dass das Land die Grundrechte von Asylsuchenden verletzte.⁵ Wie stellt der Kanton Luzern sicher, dass im Rahmen der Dublin-Verordnung keine Ausschaffung in Länder stattfinden, wo systematisch Menschenrechtsverletzungen gegen Geflüchtete dokumentiert wurden?

Zbinden Samuel

Spring Laura, Meier Anja, Zurbriggen Roger, Berset Ursula

⁴ <https://www.amnesty.ch/de/laender/europa-zentralasien/schweiz/dok/2021/kinderrechte-die-schweiz-wird-von-der-uno-fuer-ihre-versaumnisse-angeprangert>

⁵ <https://www.republik.ch/2024/09/26/raus-raus-raus>